



An den Grossen Rat

16.5249.02

WSU/P165249

Basel, 17. August 2016

Regierungsratsbeschluss vom 16. August 2016

Schriftliche Anfrage Stephan Mumenthaler betreffend Flyer zu Angeboten aus Bauernhöfen BS

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Stephan Mumenthaler dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Mit einiger Überraschung habe ich die Medienmitteilung des Departementes für Wirtschaft, Soziales und Umwelt vom 4.4.16 zum Thema "Neu erschienen: 'Lebensmittel und mehr'. Mit allen Angeboten von Bauernhöfen und Weingütern aus Basel-Stadt" zur Kenntnis genommen (<http://www.wsu.bs.ch/news/2016-04-04-mm-65668.html>). So fühlt sich das Departement offensichtlich bemüssigt, auf Kosten des Steuerzahlers Werbung für private Bauernbetriebe zu betreiben. Dies scheint mir im Konkreten wie im Allgemeinen eine irregeleitete staatliche Aktion.

Im Konkreten bleibt schleierhaft, auf der Basis welcher Legitimation oder gesetzlichen Grundlage solche Aktionen erfolgen. Auch die inhaltlichen Aussagen bleiben unbelegt. Offenbar sind heimische Arbeitsplätze auf Bauernhöfen bessere Arbeitsplätze als andere und verdienen Förderung. Warum wird nicht ausgeführt und bleibt unklar. Dies ist nicht nur ordnungspolitisch falsch, sondern auch noch unverhältnismässig in unserem städtischgeprägten Kanton, der ganze 7 Bauernhöfe und 2 Weingüter aufweist.

Ausserdem wird behauptet, dass Direktverkauf die Umwelt schone. Auch diese Behauptung bleibt unbelegt, obwohl Forschung (auch an der Universität Basel) (Beispielsweise Weder, Rolf/ Benarroch, Michael (2006): "Intra-Industry Trade in Intermediates, Pollution and Internationally Increasing Returns", Journal of Environmental Economics and Management, 2006, 52, 675-689) gezeigt hat, dass die Realität deutlich komplexer aussieht und aufgrund von Skalenerträgen auch konterintuitive Ergebnisse möglich sind. Abgesehen davon, dass selbst im Transportbereich der Hauptanteil des Energieverbrauchs in der Feinverteilung liegt, lassen solche Behauptungen die Produktionstechnologien für die Herstellung der fraglichen Güter ausser Betracht. Gerade die Schweizer Landwirtschaft ist sehr energieintensiv in der Produktion vieler Güter (Energieverbrauch der Schweizer Landwirtschaft nach wie vor auf hohem Niveau, <https://www.news.admin.ch/message/index.html?lang=de&msgid=56323>) und macht beim Transport dieser Güter aus Ländern mit energieärmerer Produktion selbst grosse Distanzen in einer Energiebilanz wett. Im Allgemeinen verweist diese Aktion einmal mehr auf die erschreckende Leichtfertigkeit und Beliebigkeit, mit der der Staat in die Marktwirtschaft eingreift. Alles scheint erlaubt zu sein, wenn es darum geht, staatlichen Paternalismus in den Dienst unbewiesener und willkürlicher Dogmen zu stellen und den mündigen Bürger zum erwünschten Verhalten zu bewegen.

Ich möchte deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen bitten:

1. Wie hoch sind die Kosten dieser Aktion für den Steuerzahler (Zeit und Geld)?

2. Haben sich die beworbenen Betriebe an dieser Aktion inhaltlich oder finanziell beteiligt? Wenn ja, wie und wenn nein, warum nicht?
3. Auf welche gesetzliche Grundlage stützt sich eine solche Aktion? Woher zieht das Amt für Umwelt und Energie die Legitimation für eine Unterstützung bei der direkten Vermarktung der Produkte privater Betriebe?
4. Wie stellt sich das WSU zum Vorwurf, mit solchen Aktionen einseitig gewisse Betriebe zu bevorzugen und damit den Markt für Lebensmittel zu verzerren?
5. Auf welche wissenschaftlichen Untersuchungen basiert die Behauptung des Amtes für Umwelt und Energie, dass Direktverkauf die Umwelt schont? Basiert diese Behauptung lediglich auf Überlegungen zum Transport oder wird auch die gesamte Energie-Bilanz berücksichtigt?
6. Sind in der Verwaltung BS weitere solche Marketing-Aktionen erfolgt oder geplant?
7. Gibt es für den Regierungsrat förderungswürdige heimische Arbeitsplätze und nicht förderungswürdige heimische Arbeitsplätze? Wie definiert der Regierungsrat die Grenze zwischen den beiden?
8. Wo sieht der Regierungsrat die Legitimation und allfällige Grenzen des staatlichen Paternalismus in der Erziehung mündiger Bürger?

Stephan Mumenthaler“

Wir beantworten diese Anfrage wie folgt:

In Basel-Stadt sind zehn Landwirtschaftsbetriebe tätig. Zwei davon betreiben Rebbau. Der Grössteil der Landwirtschaftsfläche gehört der öffentlichen Hand (Kanton Basel-Stadt, Gemeinde Riehen, IWB). Die Mehrheit der Betriebe wird durch die öffentliche Hand verpachtet.

Im Auftrag der kantonalen Landwirtschaftskommission führte das Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL eine Potenzialstudie über die Landwirtschaft in Basel-Stadt durch. Eine Empfehlung daraus war, die Landwirtschaftsbetriebe bei der Bevölkerung besser bekannt zu machen und die Direktvermarktung von Produkten zu fördern. Die Landwirtschaftskommission hat deshalb die Erstellung des Flyers «Lebensmittel und mehr» angeregt, zumal der Bauernverband beider Basel an der diesjährigen MUBA einen grösseren Auftritt «Stadt trifft Land» organisierte.

Im Weiteren hat der Kanton Basel-Stadt den Milan Urban Food Policy Pact im Oktober 2015 unterzeichnet. Dieser empfiehlt u.a. die Unterstützung kurzer Lebensmittelketten und die Förderung der stadtnahen Lebensmittelproduktion.

Frage 1: Wie hoch sind die Kosten dieser Aktion für den Steuerzahler (Zeit und Geld)?

Die Kosten umfassten:

- Gestaltung: Fr. 3'600
- Druck: Fr. 2'500
- Interner Personalaufwand: ca. ein halber Tag

Frage 2: Haben sich die beworbenen Betriebe an dieser Aktion inhaltlich oder finanziell beteiligt? Wenn ja, wie und wenn nein, warum nicht?

Die Betriebe haben redaktionell mitgewirkt. Eine finanzielle Beteiligung war nicht vorgesehen.

Frage 3: Auf welche gesetzliche Grundlage stützt sich eine solche Aktion? Woher zieht das Amt für Umwelt und Energie die Legitimation für eine Unterstützung bei der direkten Vermarktung der Produkte privater Betriebe?

Wir verweisen auf das kantonale Umweltschutzgesetz vom 13. März 1991 (USG BS):
§ 43 USG Information und Beratung

¹ Die zuständigen Behörden informieren regelmässig über Fragen des Umweltschutzes, den Stand der Umweltbelastung und die Möglichkeiten zur Verminderung dieser Belastung.

² Die zuständigen Behörden führen Beratungen über Massnahmen zur Verhütung, Verminderung und Beseitigung von Umweltbelastungen durch. Sie können diese Aufgabe privaten Organisationen übertragen.

³ Der Kanton und die Landgemeinden informieren die Bevölkerung und das Gewerbe insbesondere über die Abfallvermeidung, die Problematik der Abfallbeseitigung und die getrennten Abfallsammlungen.

Frage 4: Auf welche wissenschaftlichen Untersuchungen basiert die Behauptung des Amtes für Umwelt und Energie, dass Direktverkauf die Umwelt schont? Basiert diese Behauptung lediglich auf Überlegungen zum Transport oder wird auch die gesamte Energie-Bilanz berücksichtigt?

Das in Fachkreisen anerkannte Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL Schweiz hat das Ernährungssystem Basel im Hinblick auf eine nachhaltigere Gestaltung bewertet. Die Resultate dieser Nachhaltigkeitsbewertung wurden im Frühjahr 2016 veröffentlicht. In ihren Ergebnissen und Handlungsempfehlungen ziehen die Autoren im Teilbereich «Lebensmittelflüsse in Basel» die Schlussfolgerung, dass kurze Wertschöpfungsketten, insbesondere die Direktvermarktung regionaler Produkte gefördert werden.

Frage 5: Wie stellt sich das WSU zum Vorwurf, mit solchen Aktionen einseitig gewisse Betriebe zu bevorzugen und damit den Markt für Lebensmittel zu verzerren?

Von einer einseitigen Bevorzugung gewisser Betriebe kann nicht die Rede sein, da alle in Basel-Stadt tätigen Betriebe mit ihren Produkten im Flyer aufgenommen worden sind. Angesichts der Anzahl von zehn Betrieben und der Menge an Produkten, die direkt ab Hof gekauft werden können, muss eine Verzerrung des Lebensmittelmarkts nicht befürchtet werden.

Frage 6: Sind in der Verwaltung BS weitere solche Marketing-Aktionen erfolgt oder geplant?

Der Kanton unterstützt immer wieder direkt oder indirekt gewisse Marktteilnehmer oder Branchen. So bekommen bzw. bekamen die Marktfahrer kantonalen Support (z.B. Tag der Basler Märkte am 21. März 2015), oder der Kanton leistet gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft und der Handelskammer beider Basel je ein Branchenprogramm für die Life Sciences- und die Logistikwirtschaft inkl. Tagungen.

Frage 7: Gibt es für den Regierungsrat förderungswürdige heimische Arbeitsplätze und nicht förderungswürdige heimische Arbeitsplätze? Wie definiert der Regierungsrat die Grenze zwischen den beiden?

Der Regierungsrat unterscheidet nicht zwischen förderungswürdigen und nicht förderungswürdigen heimischen Arbeitsplätzen. Der Flyer wäre wahrscheinlich auch nicht das geeignete Mittel, um die Anzahl der in der basel-städtischen Landwirtschaft Beschäftigten nachhaltig zu steigern.

Frage 8: Wo sieht der Regierungsrat die Legitimation und allfällige Grenzen des staatlichen Paternalismus in der Erziehung mündiger Bürger?

Die Flyer «Lebensmittel und mehr» wurde in erster Linie für den MUBA-Auftritt und für die Höfe selber erstellt. Die Einwohnerinnen und Einwohner entscheiden weiterhin selbstständig, wo sie die Lebensmittel einkaufen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin